

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

54 (16.7.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

2. Jahr Nr. 54

F B S

Mittwoch, 16. Juli 1947

Einzelpreis

Blockpolitik in Rheinland-Pfalz

Der erste Erfolg der Vierparteien-Regierung

Koblenz. Zwischen CDU, SPD, DP und KPD von Rheinland-Pfalz wurde ein Toleranzabkommen für die Dauer der Vierparteienregierung geschlossen, das angesichts der augenblicklichen Not alle parteipolitischen Gegensätze zurücktreten lassen soll, um die Kräfte freizumachen für vordringliche Aufgaben. Das Abkommen weist u. a. auf die Notwendigkeit erhöhter Lebensmittelbereitstellung, der Einstellung der Demontage aller für den Friedensbedarf geeigneten Werke und der begonnenen Entnahme von Maschinen hin und spricht sich für eine Belassung derjenigen Grund- und Rohstoffe aus, die zur Befriedigung des dringenden Eigenbedarfs sowie zur Herstellung von Exportgütern erforderlich sind. Auch die Notwendigkeit eines intensiveren Warenaustausches mit dem Ausland und den Zonen wird unterstrichen.

Die Lösung folgender Fragen wird als besonders vordringlich dargestellt:

1. Ertragssteigerung der Landwirtschaft, Sicherstellung der Ernährung und gerechte Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion. Hierzu: bevorzugte Zuweisung von Arbeitskräften, Versorgung mit Maschinen und Geräten, ausreichende Beschaffung von Düngemitteln und Saatgut, zweckmäßige Anbauplanung.
2. Gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel und Versorgungsgüter im ganzen Land unter Einschaltung von Vertretern von Erzeugern und Verbrauchern.
3. Aufstellung eines gewerblichen Produktionsprogrammes für den deutschen Bedarf, insbesondere für Wiederherstellung von zerstörten und Erstellung neuen Wohnraumes, Beschaffung der benötigten Baustoffe, wie Glas, Zement, Ziegel usw., Vernehmung des vorhandenen Transportraumes, Sicherstellung des benötigten Hausbrandes, Versorgung mit Bekleidung und Herstellung des dringenden Haushaltsgerätes.
4. Kampf gegen Schieber und gewerbsmäßigen Schwarzhandel.
5. Baldige Vorlage eines Gesetzes zur Bodenreform in Ausführung des Artikels 60 bis 65 der Verfassung.

6. Klarstellung und Begrenzung der Verpflichtungen gegenüber der Besatzungsmacht mit dem Ziel der Erweiterung der deutschen Zuständigkeiten.

7. Die Verfassung bildet die Grundlage der Regierungspolitik.

8. Die Verwaltungs- und Behördenreform zur Verwirklichung stärkster Einsparungen ist unverzüglich einzustellen.

9. Beschleunigte Vorlegung der Gesetzesentwürfe über die Ausführung der in der Verfassung niedergelegten Grundsatzregelung, insbesondere über Sozialisierung und die Neuorganisation der Wirtschaftskammern. Wiederaufbau der Sozialversicherung auf der Basis der Selbstverwaltung im Sinne der Vereinfachung aller Versicherungszweige.

10. Schließlich eine schnelle und gerechte Durchführung der Entnazifizierung, sowie der Herstellung des inneren Friedens im Lande.

Nach diesem Toleranzabkommen verpflichten sich alle Parteien, jede Unsachlichkeit auszuschalten und in öffentlichen Kundgebungen, in Presse und Rundfunk jede persönliche Verunglimpfung zu unterlassen.

Bevor der politische Gegner in der Öffentlichkeit angegriffen wird, ist ihm die Möglichkeit der Stellungnahme zwecks Feststellung des Sachverhältnisses zu geben. Auch verpflichten sich die Parteien, keinerlei Anträge einzubringen, deren Durchführung bei Würdigung der Lage offensichtlich unmöglich ist. Verstöße gegen dieses Toleranzabkommen werden durch einen Ausschuss, der sich aus je zwei Vertretern der Parteien zusammensetzt, beigelegt.

Das Abkommen trägt die Unterschrift der Fraktionsführer Dr. Zimmer (CDU), Bettgenhäuser (SPD), Neumayer (DP) und Herbert Müller (KPD).

Schleppende Verstaatlichung

Hessischer Bergbau trotz Verfassung im Privatbesitz

Wiesbaden. Noch 26 Unternehmen des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und des an Schienen- und Oberleitungen gebundenen Verkehrswesens, die nach dem Artikel 41 der hessischen Verfassung verstaatlicht werden sollen, sind in Hessen Privatbesitz. Die privaten Unternehmen umfassen außer 6 kleinen Verkehrs-Gesellschaften vor allem Betriebe des Bergbaues. Zehn Werke gehören zum Braunkohlenbergbau, 6 zum Eisenerz-Bergbau und 2 Unternehmen befassen sich mit der Förderung von Kali. Diese 18 Firmen beschäftigen mit 6600 Personen etwa 80 Prozent aller im hessischen Bergbau Tätigen. Die zwei privaten Werke der Eisenschaffenden und Stahlindustrie beschäftigen zur Zeit etwa 1600 Personen.

Damit sind nur 3,5 Prozent der z. Zt. in der gesamten hessischen Industrie beschäftigten Arbeiter in solchen Betrieben tätig, die in Durchführung der hessischen Verfassung zu verstaatlichen sind.

Nicht mehr als 40 Stunden

Bayrische Gewerkschaften fordern zu Arbeitsniederlegung auf

München. (Südena) In allen Betrieben und Verwaltungen, die nicht zu Mehrleistungsbetrieben erklärt worden sind, soll die Arbeit in der die Vierzigstundenswoche übersteigende Zeit niedergelegt werden, heißt es in einem einstimmigen Beschluß des Bundesausschusses des bayrischen Gewerkschaftsbundes.

Der Bundesausschuß stellte mit Befriedigung fest, daß eine große Zahl von Betrieben in Anbetracht der Ernährungslage die verkürzte Arbeitszeit eingeführt hat. Um so bedauerlicher sei es, daß ein nicht fortschrittlicher Teil der Privatwirtschaft die Arbeitszeitverkürzung nicht durchführen wolle und daß die Staatsregierung die Fünf-Tage-Woche für die Angestellten, Arbeiter und Beamten der Staates ablehne.

Die Berliner Bürgermeisterkrise

Berlin. Die alliierte Kommandantur hat die Bestätigung von Ernst Reuter als Berliner Oberbürgermeister abgelehnt. Dennoch wird der Berliner Magistrat vorläufig keine Neuwahlen vornehmen, da die SPD an der Kandidatur Reuters festhält. Man spricht davon, daß die SPD den von ihr gestürzten früheren Oberbürgermeister Dr. Ostrowski wieder für einen hohen Posten im Berliner Magistrat vorgesehen hat.

Verfahren gegen Hugenberg

Detmold. Alfred Hugenberg, der frühere Vorsitzende der Deutschen Nationalen Volkspartei und Wirtschaftsminister im ersten Hitler-Kabinett, wird sich demnächst vor der Detmolder Spruchkammer zu verantworten haben.

Todesurteile im Sonnensteinprozeß

Dresden. In dem Schwurgerichtsprozeß gegen frühere Aerzte und Pfleger der sächsischen Todesfabrik Sonnenstein wurden Professor Dr. Nietsche, Dr. Leonhard und die Pfleger Felde und Gäbler zum Tode verurteilt. Der Pfleger Röpke wurde zu lebenslänglichem, Dr. Herzer zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Reihe anderer Aerzte, Pfleger und Schwestern erhielten 15 bzw. 8 und 3 Jahre Zuchthaus.

Damit haben die in dem „sächsischen Grafeneck“ begangenen Verbrechen ihre Sühne gefunden. Wann wird man das von den Grafenecker Massenmorden sagen können?

Handelsabkommen Schweiz - Ostzone

Berlin. (Südena) Ein Waren- und Zahlungsabkommen für die Dauer eines Jahres wurde zwischen der Schweiz und der sowjetischen Besatzungszone abgeschlossen. Auf Grund der neuen Vereinbarung sind Warenlisten für den Gütertausch zwischen beiden Gebieten aufgestellt worden. Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs erfolgt seitens der sowjetischen Zone durch die Garantie- und Kreditbank, und auf schweizer Seite durch schweizer Bankinstitute.

Wirtschaftskonferenz begann

Von 22 eingeladenen Nationen kamen 14 nach Paris

Paris. Nachdem von den 22 eingeladenen Nationen Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Finnland, Polen, Bulgarien, Albanien und Jugoslawien unter Betonung der Notwendigkeit abgesagt haben, ihren nationalen Wiederaufbau in voller wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit durchzuführen, weil damit letzten Endes auch der Sache Europas und des Friedens am besten gedient sei, begann am Samstag in Paris die von Großbritannien und Frankreich einberufene europäische Wirtschaftskonferenz in Anwesenheit der Vertreter von 14 Staaten. Zu ihrem Vorsitzenden wurde der britische Außenminister Bevin gewählt, nachdem Außenminister Bidault im Namen der französischen Regierung in seiner Begrüßungsansprache der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, es möge doch noch eine vollständigere Europa-Konferenz sich aus den gegenwärtigen Besprechungen entwickeln.

Als Vorsitzender betonte Bevin, daß die Hilfe für Europa nicht in Konkurrenz mit den ständigen Einrichtungen der Vereinigten Nationen, also vor allem mit Wirtschaftsrat und Sicherheitsrat, in denen auch die osteuropäischen Länder vertreten sind, verwirklicht werden dürfe; man müsse vielmehr mit diesen Einrichtungen zusammenarbeiten. Auch der italienische Außenminister Sforza sprach von der unbedingten Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Zusammenarbeit mit allen europäischen Ländern.

Die Konferenz wählte zunächst einen Arbeitsausschuß, in der alle teilnehmenden Länder vertreten sind. Dieser befaßt sich zur Zeit mit Geschäftsordnungsfragen, sowie der Frage, wie weitere Ausschüsse, von denen bereits fünf vorgesehen sind, zusammensetzen seien. Auch

die zweite Vollsitzung am Sonntag diene der Behandlung von Organisationsfragen.

In Paris ist man der Ansicht, daß bereits nach der dritten Vollsitzung am Dienstag die verschiedenen Außenminister in ihre Hauptstädte zurückkehren werden, und daß dann nur noch verschiedene Ausschüsse und Kommissionen technische Arbeiten weiterführen werden.

*

Moskau. (Südena) Ueber die Eröffnung der Pariser Konferenz wird von der TASS kurz berichtet. Diese weist auf die beschränkte Zahl der Teilnehmer hin, die es unmöglich macht, die Konferenz als „europäische“ zu bezeichnen. Zur Rede Bidaults wird gesagt, daß der Redner nur einen einzigen Punkt nennen konnte, um seine Zuhörer aufzumuntern, als er nämlich die Hoffnung aussprach, daß die leeren Sitze eines Tages wieder besetzt werden mögen.

Aus der Rede Bevins zitiert der Korrespondent der TASS einige Stellen und fügt hinzu, daß Bevin, um seinen Zuhörern zu versichern, daß Großbritannien sich nicht in die Angelegenheiten anderer Länder einmische, über die Haltung seines Landes im Verlauf von zwei Kriegen berichtet habe.

Allgemein spricht man in Moskau der Konferenz das Recht ab, im Namen Europas zu sprechen und hält ihren Mißerfolg für unausbleiblich, und für „verdient“, wenn man so sagen kann.

Gegen wirtschaftliches Dünkirchen

London. Im Verlaufe einer Kundgebung der Labour-Party erklärte Professor Laski: „Wir sind nicht bereit, uns vor die Vereinigten Staaten mit dem Hut in der Hand hinzustellen, noch wollen wir unsere Politik für eine finanzielle Hilfe ändern“. Er fügte hinzu: „Großbritannien kann die Kontrolle durch eine fremde Macht nicht zulassen. Ich weiß nicht, was der Marshall-Plan eigentlich heißen soll, und bin der Überzeugung, daß Marshall selbst es nicht weiß.“

Wir wollen kein wirtschaftliches Dünkirchen, und ebensowenig wollen wir der 49. Staat der Vereinigten Staaten werden. Großbritannien braucht die Freundschaft der UdSSR ebensogut wie die der Vereinigten Staaten. Zwischen uns und den Sowjets gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheiten, die wir nicht mit etwas Geduld und Toleranz klären könnten.“

Parteitag in Offenburg

Am Samstag, den 26. und Sonntag, den 27. Juli 1947 findet der 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Land Baden in Offenburg (Großer Saal der Michelhalle) statt.

Beginn Samstag, 14 Uhr, mit einer Eröffnungsansprache des Gen. Eckert. Es folgt das politische Referat mit Diskussion.

Sonntag, ab 8 Uhr Kommissionssitzungen und Besprechungen, Org.-Bericht und Weiterführung der Diskussion zum politischen Referat, Abstimmungen und Wahlen. Schlußrede des Parteivorsitzenden.

Das deutsche Volk muß der Wirklichkeit ins Auge sehen und keine Stimmungspolitik, sondern eine Politik der Vernunft betreiben.

Es gibt vereinzelte törichte Menschen, die durch eine Verschärfung der Gegensätzlichkeit zwischen den Alliierten sich eine Entlastung für Deutschland versprechen und selbst der Gedanke eines Sonderfriedens einzelner Alliierten mit einzelnen Zonen Deutschlands ist in die Debatte geworfen worden. Ein solcher Schritt würde nicht nur verhängnisvoll für uns Deutsche sein, sondern noch verhängnisvoller für die ganze Welt.

Das Gerede von einer etwaigen kriegsrischen Auseinandersetzung zwischen einzelnen alliierten Mächten aber ist der Gipfel unklarer Leichtfertigkeit und Verantwortunglosigkeit.

Der Parteivorsitzende Dr. Kütz auf dem Zonen-Parteitag der Lib.-Dem.

Regierungen aus allen vier Parteien

Vor fast zwei Monaten, am 18. Mai, sind in den drei Ländern der französischen Zone — Baden, Württemberg und Rheinland-Pfalz — die neuen Landtage gewählt worden. Ihre erste Aufgabe waren die Wahlen der Ministerpräsidenten, die mittlerweile in allen drei Ländern erfolgt sind.

In Rheinland-Pfalz ist nunmehr vorige Woche auch die erste parlamentarische Regierung gebildet worden, während in Baden und Württemberg das immer noch nicht geschehen ist. Trotz der Kleinheit der Länder stießen diese beiden Regierungsbildungen offenbar auf erhebliche Schwierigkeiten und gehen nur langsam voran, obwohl wahrhaftig eine „regierungslose Zeit“ gerade jetzt untragbar ist.

Selbst die grundsätzliche Frage, aus welchen oder ob aus allen Parteien die Regierungen gebildet werden sollen, ist noch ungeklärt. Dabei ist es angesichts der maßlosen Not der Gegenwart und der brennenden Aufgabe die nackte Existenz des Volkes zu sichern ein einfaches Gebot politischer Klugheit sämtliche vier Parteien wie sie von der Militärregierung zugelassen worden sind, an den kommenden Regierungen zu beteiligen.

Die kommunistischen Parteien der Länder in der französischen Zone haben von Anfang an erklärt, daß sie bereit sind, sich unter bestimmten Bedingungen an den Regierungen verantwortlich zu beteiligen. Wir sind der Meinung, daß die Zeit der alten Koalitions- und des politischen Kuhhandels überlebt sein sollte, wo die egoistischen Parteinteressen in den Vordergrund geschoben werden. Vielmehr kommt es darauf an, daß alle aufbauwilligen Kräfte, die zur Mitarbeit bereit sind, auch mit vollem Recht zur Mitarbeit und zur Verantwortung herangezogen werden. Demokratische Blockpolitik heißt die Forderung Stundel!

Nach diesen Grundsätzen ist erfreulicherweise Allparteienregierungen gebildet worden, in Rheinland-Pfalz in der letzten Woche eine nachdem der Widerstand des Ministerpräsidenten Dr. Boden gebrochen war, der damit zu Fall kam. In Südbaden, wo bereits seit mehreren Wochen der Parteivorsitzende der CSV, Leo Wohleb, zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, zieht sich die Regierungsbildung unerträglich lange hin, obwohl jeder Tag wichtig ist, daß endlich verantwortliche Männer den Ministerien vorstehen. In Südwürttemberg wurde erst in letzter Woche vom Landtag der Staatspräsident für Württemberg-Hohenzollern gewählt, sodas auch dort jetzt schnell die Entscheidung über die Regierungszusammensetzung fallen könnte.

Daß nur eine Regierung aus allen demokratischen Parteien das sichere Fundament einer positiven Politik darstellt, weil sie alle Willenskräfte zusammenfaßt und addiert, beweist das soeben verkündete inhaltsreiche „Toleranzabkommen“ in Rheinland-Pfalz. Es ist für politisch nüchtern Denkende mehr als überzeugend — es ist absolut zwingend! Denn es beweist schlagend den Erfolg in der Anwendung der neuen Methode erfolgreicher demokratischer Blockpolitik. Warum soll dies in Baden und Württemberg nicht anwendbar sein? Die Kommunisten in solchen Allparteienregierungen werden wachsam sein und vorwärts drängen, weil sie die Interessen der notleidenden Schichten des werktätigen Volkes vertreten. Die Erfahrung zeigt, daß sie ausgezeichnete konstruktive Beiträge zur fortschrittlichen Demokratisierung zu leisten wissen. Wer keine Vorurteile und keine Angst hat, wird ihnen dieses Recht nicht verwehren. Wer ihnen dagegen den Stuhl vor die Tür setzt, sie entrechtet und in die Opposition zwingt, vergeht sich an den Interessen des Volkes, das Einigkeit im Willen und in der Tat zur Rettung aus seiner Not und seinem Elend will.

Südbaden

Freiburg. Ministerpräsident Wohleb, der am 18. Mai vom Landtag gewählt wurde, hat seine Regierung immer noch nicht gebildet. Die Kommunistische Partei vertrat bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung von Anfang an den Standpunkt, daß auch diese erste parlamentarische Regierung, wie vordem die provisorische Regierung, aus Mitgliedern aller vier im Landtag vertretenen Parteien gebildet werden sollte. Denn nur so wird es möglich sein, die Ursachen und Wirkungen der außerordentlichen Notlage, in der sich unser Land befindet, ohne vermeidbare Mißverständnisse und Spannungen durch gemeinsame Anstrengungen aller politischen Gruppen zu mildern und zu überwinden. Es wäre verhängnisvoll, wenn die CSV als die

stärkste Partei ihre bisherige Haltung der Entrechtung der Kommunisten (bei der Wahl der Ausschüsse und mit der Absprechung des Fraktionsrechtes) beibehalten und die Kommunistische Partei an der positiven Mitarbeit bei der Neugestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens verhindern würde. Die Kommunistische Partei erwartet, in der kommenden Regierung mit Sitz und Stimme vertreten zu sein.

Rheinland-Pfalz

Koblenz. (Eig. Bericht) Es hat fast acht Wochen gedauert, bis das Land Rheinland-Pfalz wieder eine auf breiter parlamentarischer Grundlage stehende Regierung erhalten hat. Einstimmig wurde zum neuen Ministerpräsidenten der bisherige Fraktionsführer der CDU, Regierungspräsident Altmeyer gewählt, der anschließend sein Kabinett vorstellte. Es ist eine All-Parteienregierung; vier Minister gehören der CDU, drei der SPD und je ein Minister der KPD und der Demokratischen Partei an.

Das vielumstrittene Innenministerium, dessen Träger zugleich der Vertreter des Ministerpräsidenten in der Regierung ist, wurde wieder dem Sozialdemokraten Steffan übertragen. Es hatte einen erbitterten Kampf zwischen CDU und SPD um dieses Ministerium gegeben. Wochenlang scheiterten die Verhandlungen an dieser Frage. Auch die Person des bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Boden war Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und zuletzt selbst im Lager der CDU. Erst als diese Dr. Boden fallen ließ, und in die Besetzung des Innenministeriums mit einem Sozialdemokraten einwilligte, gelang die Regierungsbildung. So gingen Wochen ins Land, bis diese unverantwortlichen Regierungsspieler zu Ende waren.

Die kommunistische Landtagsfraktion hatte bereits in der ersten Sitzung des Landtags die Notwendigkeit der Schaffung eines demokratisch - antifaschistischen Blocks dargelegt und die Bildung einer All-Parteien-Regierung auf der Basis aufrichtiger und ehrlicher Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien gefordert. Doch es waren Kräfte am Werk, die die KPD aus der Regierung ausschalten wollten. Als ihnen dies nicht gelang, versuchte man zu experimentieren. Plötzlich fand sich die CDU zur Bildung einer Regierung mit den Demokraten und KPD ohne Sozialdemokraten bereit. Doch die Vertreter der KPD gaben die richtige Antwort: sie bezeichneten eine Regierungsteilnahme der KPD ohne die SPD als undiskutabel und untragbar! Als schließlich Dr. Boden mehr und mehr den Boden unter den Füßen verlor, und das Nichtzustandekommen einer Regierung in der Öffentlichkeit schärfste Verurteilung fand, kam die Blockregierung zustande.

Der neue Ministerpräsident gab eine kurze Regierungserklärung ab. Die Lösung der Ernährungskrise bezeichnete er als die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung. Gleichzeitig setzte er sich für eine Verwaltungsreform und -vereinfachung ein und kündigte eine Gesetzesvorlage über die Sozialisierung und einer Bodenreform an.

Für die KPD sprach der Landesvorsitzende Herbert Müller. Er wies auf die klare Haltung der KPD bei der Lösung der Regierungskrise hin und betonte die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte als Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung Deutschlands. Ehrlich und konsequent halte die KPD an dieser demokratischen Blockpolitik fest. Müller forderte die Entmachtung der Konzernherren und Großagrarien, die er als die Hauptschuldigen am Elend unseres Volkes

bezeichnete. Die Sicherung der Ernte und ihre gerechte Verteilung durch energische und kluge Sofortmaßnahmen eingeleitet werden. Schließlich setzte sich Müller noch für einen Landwirtschaftsplan ein, der eine freie Spitze für die Landwirtschaft vorsehe soll. Er forderte von der Regierung schärfste Vorgehen gegen das Schiebertum, das Verbot des Baues von Luxusbauten und die Wiederherstellung zerstörter Wohnungen. Neben dem Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben sei die Beseitigung der Nazi-Tarifordnungen notwendig. Sie müßten durch Tarifverträge ersetzt werden, die der veränderten Lebenshaltung Rechnung tragen. Der Abschluß der Ausführungen des kommunistischen Sprechers stellte das Bekenntnis zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands dar.

Die KPD ist im neuen Kabinett durch Genosse Willi Feller vertreten, der wiederum das Aufbauministerium inne hat. Dagegen ist das bisher mit dem Aufbauministerium verbundene Verkehrsministerium in Personalunion mit dem Wirtschaftsministerium in die Hände des Demokraten Neumeyer gelangt. Die KPD hat gegen die Abspaltung des bereits seit bald zwei Jahren mit dem Aufbauministerium verbundenen Verkehrsministerium entschieden protestiert, und die Wiederherstellung des alten Zustandes gefordert.

Kein politischer Kuhhandel

Konstanz. Die überparteiliche Informationszeitung für das Land Baden „Südkurier“ schreibt unterm 11. Juli zu den Regierungsbildungen:

„Als erstes der drei Länder der französischen Zone hat Rheinland-Pfalz nunmehr eine aktionsfähige Regierung gebildet. Erfreulich

daran ist die Tatsache, daß alle Parteien angesichts der gemeinsamen Not sich in die Verantwortung geteilt haben, um sie gemeinsam zu tragen... Damit ist in Rheinland-Pfalz der „politische Kuhhandel“ um die Regierungsbildung rechtzeitig und mit einem erfreulichen Ergebnis beendet worden. Dort dürfen die Parteien die Anerkennung für sich beanspruchen, das Trennende zurückgestellt und vor allem im Interesse des Volkswohls gehandelt zu haben.“

Diese vorbildliche Haltung verdient vor allem Beachtung bei den sich so schleppend hinziehenden Verhandlungen um die Regierungsbildung in Südbaden und Südwürttemberg... Den beiden Ministerpräsidenten obliegt nun die verantwortungsvolle Aufgabe, möglichst bald eine tragfähige Regierung den Landtagen vorzustellen. Wir wollen hoffen, daß das Beispiel von Rheinland-Pfalz für Präsidenten und Parteien Vorbild sein möge, damit auch in Freiburg und Tübingen möglichst bald tragbare Regierungen gebildet werden, die den Sinn der Wahlen und den Erfordernissen unserer Notzeit entsprechen.

Betriebsräte wahlen der Sowjetzone

Berlin. Das vorläufige Endergebnis der Betriebsräte wahlen in der sowjetischen Besatzungszone zeigt gegenüber dem Vorjahr ein Ansteigen um 18 Prozent. Unter den 140 607 gewählten Betriebsratsmitgliedern sind über 270 000 Frauen und mehr als 14 000 Jugendliche.

Sendungen an Kriegsgefangene

An Kriegsgefangene in britischer Hand dürfen jetzt auch Päckchen sowie Pakete bis zum Gewicht von 5 kg gesandt werden. Ueber den zugelassenen Inhalt der Sendungen, Verpackung und Anschrift geben die Postdienststellen Auskunft.

Reaktion und Demagogie (RUD)

Phrasengeplöze einer neuen Partei in München

Was in Deutschland politisch zu tun ist, kann man leicht auf einen kleinen Nenner bringen. Jedenfalls genügen ein paar Parteien, wobei eine geschlossene sozialistische Arbeiterpartei die politische Macht in ihren Händen hätte. Statt sich zu sammeln und etwas zu tun, vermehren sich die Parteien von Tag zu Tag. Jeder Wirtkopf meint dazu berufen zu sein, eine eigene Partei zu gründen!

Das neueste Pamphlet, das uns auf den Redaktionstisch flattert, kommt aus München, ausgerechnet aus München. Es nennt sich „Manifest der Republikanischen Union Deutschlands“, abgekürzt RUD. Ein Phrasengewirr von W. E. Breithaupt, das ohne gleichen ist. Alle Parteien haben bankrott gemacht und Herr Breithaupt wird das arme deutsche Volk erlösen. Seine These heißt, daß der Nationalsozialismus die extreme Auswirkung des marxistischen Radikalismus Europas sei, und daß man zum Konservatismus des Abendlandes zurückkehren müsse. Rückwärts immer, vorwärts nimmer!

Gleich der einleitende Satz offenbart die Richtung, womit die Sammelparole für die Reaktion gegeben ist: „In der Verteidigung ihrer konservativen Grundsätze lehnt die RUD es ein für alle mal ab, sich mit dem zur reinen parteipolitischen Agitationsphrase gewordenen Begriff der Reaktion auseinanderzusetzen.“ Aha! Und nun geht der Hagel billiger Phrasen in stänenswerter Demagogie los: Sammlung aller nationalen Kräfte... Die RUD bekennet sich vorbehaltlos zur deutschen Nation, in der sie das göttliche Naturrecht ihres Daseins als Volk

sieht... Die deutsche Demokratie läßt sich nur aus der Natur der deutschen Psyche und Mentalität gestalten... Aus dieser konservativen Einstellung heraus lehnt die RUD den Klassenkampfsozialismus, gleichviel ob nationaler oder internationaler Prägung, als Kulturfeind und ewigen Friedensstörer der Menschheit ab. Die RUD lehnt jede Planwirtschaft ab, deren Verwaltungsbürokratie eine Art kalter Sozialismus darstellt. Sie fordert den beschleunigten Abbau aller überflüssigen Zwangsbewirtschaftung und den Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens im freien Wettbewerb der Kräfte auf der Initiative der Persönlichkeit... Aus zwei Kammern zusammengesetzte Volks- und Ständevertretung... Die ersten Kammern aus Vertretern der Länder und Berufsständekammern. Die Mitglieder der ersten Kammer (Oberhaus) werden auf Lebenszeit gewählt. Der ersten Kammer steht das Vetorecht gegen Beschlüsse der zweiten Kammer zu... Gesetz gegen das Denunziantentum (offenbar gegen die Antifaschisten)... Die RUD lehnt nach dem Grundsatz von Eigentum und Besitz jede entschädigungslose Bodenreform ab... Stadt- und Gemeindevertretungen, Kreis- und Provinziallandtage sind zu zwei Dritteln aus Vertretern der Berufsständekammern zu wählen... Es darf keine Länder-Grenzen geben, die in der Begriffswelt des nationalistischen Chauvinismus wieder zu einer neuen „Front“ werden! (Damit droht man also ganz offen, denn das deutsche Volk kann ja die Grenzen nicht ändern!) Jedes Volk trägt in sich die Gesetze seines Schicksals als Nation usw. usw.

So läuft über 8 große Seiten ein wildes Phrasengeplöze, welches „RUD“ füglich als Partei der „Reaktion und Demagogie“ erkennen läßt. Der Neu-Faschismus breitet sich in dieser RUD sein Sammelbecken.

Japanisches Walföl für Deutschland.

Tokio. Während Deutschland nicht zum Walfang zugelassen ist, besteht für Japan die Aussicht, aus seinen Walfangergebnissen 7000 t Walföl nach Europa exportieren zu können. Durch den Internationalen Ernährungsrat soll auch Deutschland einen Teil des japanischen Walföls erhalten.

Deutschland-Rundschau

ZUSÄTZLICHE LEBENSMITTEL FÜR KRIEGSGEFANGENE darf das Internationale Rote Kreuz durch eine Einkaufsstelle besorgen.

1000 FIRMEN AUS DEN WESTZONEN werden an der Leipziger Herbstmesse teilnehmen.

DIE FRANZÖSISCHE ZONE besuchen wird in der kommenden Woche Lord Pakenham, um einen Vergleich zwischen den Lebensverhältnissen der französischen und der britischen Zone anzustellen. Er wird sich nach Baden-Baden und auch in das Saargebiet begeben.

FÜR DIE BODENREFORM sprachen sich die Bauernverbände der Westzonen in München aus. Sie forderten die Gründung von Landarbeiter- und Bauernsiedlungen sowie die völlige Auflösung des Reichsmährstandes.

ANTISEMITISCHE UND ANTIAMERIKANISCHE FLUGBLÄTTER wurden in Gaststätten in Nürnberg verteilt.

EINEN SENAT MIT LANGEN BARTEN sieht der Sozialminister von Niedersachsen, Dr. Amelunxen (Zentrum), in seinem Antrag für die Beratungen des Verfassungsentwurfs in Nordrhein-Westfalen vor. Die Senatoren müßten nämlich mindestens 70 Jahre alt sein!

FÜR DIE 7000 KZ-HÄFTLICHE, die am 3. Mai 1945 auf den Schiffen „Cap Arcona“ und „Thielbeck“ versenkt (?) wurden, wurde am 8. Juli ein Ehrenmal errichtet.

EIN STAATSANWALT UND ZWEI PASTOREN wurden bei einer Großrazzia der Polizei in Hamburg auf Kohlendioxyd festgenommen.

DER NEUE DENA-SENDER in Frankfurt, der eine Leistung von 30 Kilowatt aufweist und anstelle des im November 46 abgebrannten alten Senders tritt, wird auch die Nachbarländer Deutschlands mit DENA-Meldungen versorgen.

DIE ALTE BRÜCKE IN HEIDELBERG wird nach ihrer verantwortungslosen Sprengung im März 1945 - nachdem die Amerikaner schon über den Neckar gegangen waren! - nach ihrer Wiederherstellung am 26. Juli neu eingeweiht.

Welt-Chronik

ROM. Der Landeskongreß der italienischen Christenpartei „UOMO QUALUNQUE“ in Cremona wurde von der Polizei verboten.

WASHINGTON. Die Führer von 105 Gewerkschaften der AFL trafen die verfassungsmäßige Gültigkeit des Taft-Hartley-Gesetzes an.

MADRID. Die leeren Stimmzettel bei Francos Volksentscheid wurden nach Meldung Madrider Monarchisten von der Regierung als „Ja-Stimmen“ gezählt. Hausfrauen, die zur Wahl erschienen, bekamen einen Gutschein für Lebensmittel.

ROM. Die Frau des argentinischen Präsidenten Peron wird London nicht, wie geplant, besuchen. Linkskreise in England behaupten, ihr Besuch wäre eine Provokation der englischen Demokratie.

AMSTERDAM. Die holländische Regierung ließ in den letzten Monaten mehrere tausend ehemalige Faschisten aus Interniertenlagern frei.

ATHEN. Der Weltgewerkschaftsbund hat bei den Vereinten Nationen gegen die Massenverhaftung von Oppositionellen und Arbeiterführern in Griechenland und ihre Deportierung unter dem Vorwand, die Regierung wolle eine „Verschwörung“ verhindern, protestiert.

MOSKAU. Zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei wurde ein Wirtschaftsabkommen auf 5 Jahre abgeschlossen.

LONDON. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung das Indische Unabhängigkeitgesetz angenommen.

MADRID. Nach der Meldung der polnischen Zeitung „Glos Ludu“ leben noch 80 000 deutsche Nazis in Spanien.

BRUSSEL. Der belgische Außenminister Spaak befuhrte die baldige Schaffung der Wirtschaftsunion Belgien-Luxemburg-Holland.

WIEN. Der ehemalige Kommandant des KZ-Lagers Theresienstadt, Burger, ist aus einem Gefangenenlager in Glasen bei Salzburg aus der amerikanischen Gefangenschaft entkommen.

UNSERE STIMME

Württembergische Volkszeitung

Mit dieser Nummer nimmt unsere bisherige Volkszeitung für Baden und Württemberg Abschied von ihrem Leserkreis in Württemberg; denn ab heute erscheint unter obigem Titel unser neues Bruderblatt, das die KPD Südwürttemberg und Hohenzollern (Schwenningen) herausgibt. Es ist die erste lizenzierte Parteizeitung in Württemberg, der alsbald auch eigene Zeitungen der übrigen Parteien folgen werden.

Indem wir hiermit von unseren württembergischen Lesern Abschied nehmen, erinnern wir uns an die Zusammenarbeit und Gemeinschaft während der zwölf Monate, seitdem DER NEUE TAG als gemeinsame badisch-württembergische Volkszeitung erschienen ist. Vor allem danken wir den Genossen Redakteuren und Korrespondenten aus Württemberg, die mithalfen, unser gemeinsames Blatt zu gestalten und freuen uns mit dem ganzen württembergischen Leserkreis, daß sie ihre eigene Zeitung haben.

Am Tage ihrer Geburt wünschen wir UNSERER STIMME, daß sie den Kampf für die Lebensinteressen des werktätigen Volkes tapfer weiterführe, unerschrocken alle Feinde des Fortschritts bekämpfe und mit Energie helfe, die Bausteine zusammenzutragen für die neue Demokratie, für Sozialismus und Frieden.

Redaktion UNSER TAG.

Georg Schöpflin zum Gruß

Im Laufe dieses Monats wird ein Veteran der badischen Arbeiterbewegung, unser Genosse Georg Schöpflin, nach Baden kommen!

Genosse Schöpflin ist 1869 im südlichen Schwarzwald in einem Bauernhaus geboren und gehört zu der alten Garde des Sozialismus. Seit 1902 war er Mitglied des Deutschen Reichstags und vertrat dort bis 1933 seinen heimatlichen Wahlkreis Karlsruhe, wo er früher den „Volksfreund“ herausgab. Auch heute noch ist Gen. Schöpflin trotz seiner 78 Jahre führend in der deutschen Arbeiterbewegung tätig. Wir erinnern uns an seinen Gruß zu Ostern 1946 an dem Vereinigungsparteitag in Berlin, wo die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) geschaffen wurde. Heute ist er Landtagsabgeordneter der SED in der Mark Brandenburg. Gen. Schöpflin wird am 26. Juli in Karlsruhe und am 27. Juli in Mannheim sprechen und wir möchten uns wünschen, daß er an diesen Tagen auch die Möglichkeit haben wird, am 2. Landesparteitag der KPD in Offenburg teilzunehmen.

Wir badischen Kommunisten sind stolz darauf, daß der Kampfgenosse eines August Bebel und Wilhelm Liebknecht mit uns in der Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse steht und freuen uns, ihn in seiner badischen Heimat aufs herzlichste begrüßen zu können.

Bedingungen der USA-Anleihe

Ankara. Wie „Südena“ meldet, enthält das türkisch-amerikanische Abkommen über die Gewährung von USA-Krediten im wesentlichen folgende Bestimmungen: der Chef der amerikanischen Mission setzt nach Konsultierung der türkischen Regierung die Bedingungen fest, unter denen in bestimmten Abständen die Hilfe tatsächlich gewährt wird. Die amerikanische Presse und der amerikanische Rundfunk erhalten in der Türkei besondere Erleichterungen. Die Verwendung des durch die Kredite beschafften Materials durch die türkische Regierung unterliegt in jedem Falle der Zustimmung der USA. Die Türkei darf aus den Krediten keine Auslandsanleihen anderen Ländern zurückzahlen, muß sie also ausschließlich für Einkäufe in USA verwenden. Der Präsident der Vereinigten Staaten kann die Hilfe jederzeit einstellen.

Der Faschismus in Griechenland...

Athen. (Südena) Wie aus Regierungskreisen verlautet, ist die Aufstellung einer Kommission beabsichtigt, die untersuchen soll, ob die derzeit in Kraft befindliche Gesetzgebung eine Ungesetzlichkeitserklärung der kommunistischen Partei ermöglicht. Wenn nicht, soll die Kommission die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme erwägen und gegebenenfalls die dazu notwendigen Gesetze in Vorschlag bringen.

... und der Kampf des Volkes

Athen. Von der albanischen Grenze wird das Vordringen ungewöhnlich starker Kräfte bis in die Gegend von Konitza, etwa 10 km innerhalb des griechischen Hoheitsgebiets gemeldet. Auserst pessimistische Meldungen aus Regierungskreisen besagen, daß die Partisanen nach dem Durchbrechen von Konitza in Richtung auf Jannina vorrücken. Die beiden Städte sind immerhin 65 km voneinander entfernt.

Die französische Botschaft demontiert im übrigen auf das formellste die Gerüchte, nach denen in Sète ein Kontingent von 2500 Angehörigen einer internationalen Brigade nach dem Balkan eingeschifft worden sein soll, zumal diese Einschiffung auf Grund ihres Umfangs nicht unbemerkt hätte bleiben können.

Von der Bodenseeschifffahrt

Friedrichshafen. Auf einer Zusammenkunft von Vertretern der deutschen Eisenbahn in der französischen Zone und der österreichischen Staatsbahnen, auf der Fragen des Schiffsverkehrs auf dem Bodensee zur Diskussion standen, wurde beschlossen, die Geschäftsführung in zweijährigem Turnus den deutschen und österreichischen Stellen zu übertragen. Im Schiffsverkehr auf der Oberseebrücke Konstanz-Lindau-Bregenz wird künftig von jeder Verwaltung täglich je eine Hin- und Rückfahrt geleistet.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktion: (47b) Offenburg, Metzgerstr. 1
Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg.
Verlag: Südwest-Verlag-GmbH., (47b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 261, Fernruf 2207. - Erscheint mittwochs u. freitags. - Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld.
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg.

Auslandskapital oder Rohstoffanleihen zum Wiederaufbau?

In weiten Kreisen ist die Ansicht vertreten, daß Deutschland zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft ausländisches Kapital braucht. Unter ausländischem Kapital wird im allgemeinen amerikanisches Kapital verstanden. Um das denjenigen, die sich an den Einstrom amerikanischen Kapitals und seine Folgen in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts unangenehm erinnern, schmackhafter zu machen, wird Deutschland häufig in eine Schicksalsgemeinschaft aller europäischen Völker eingegliedert — etwa wie folgt: „Wenn jedoch das verwüstete Europa überhaupt eine Chance hat, sich jemals wieder zu erholen, dann ist es die, mit amerikanischer Hilfe, seinen Produktionsapparat wieder aufzubauen“ (Tagesspiegel, 17. Juni).

1. Muß der deutsche Produktionsapparat mit ausländischer Hilfe ausgebaut werden?

Untersuchen wir zunächst kurz den Zustand der deutschen Industrie vom Gesichtspunkt des Kapitalbedarfs. Die deutsche Industrie verfügt über eine Produktionskapazität, die, abgesehen von einzelnen Engpässen oder Inseln des Ueberflusses, im allgemeinen gerade etwa genügt, um fürs erste einen ausreichenden industriellen Beitrag für die nationale Lebenshaltung zu liefern. Das heißt, es sind in ganz Deutschland zusammengekommen — aber keineswegs in jeder einzelnen Zone — genügend Fabrikgebäude und Maschinen vorhanden, um eine ausreichende Produktion anlaufen zu lassen. Es sind auch genügend Maschinenfabriken mit Einrichtung vorhanden, um im Laufe der Zeit den zwar noch vielfach für einige Zeit benutzbaren, aber doch schon recht heruntergekommenen Maschinenpark zu ersetzen. Man braucht also in Deutschland keine ausländischen Kapitalien, keine Anleihen, um im Ausland größere Mengen von Maschinen bzw. allgemein von industriellen Einrichtungen zu kaufen.

Das ist eine Tatsache von ganz außerordentlicher Bedeutung bei der Betrachtung des Problems des Auslandskapitalbedarfs. Denn es wäre die Notwendigkeit, den Produktionsapparat auszubauen, mehr Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände zu kaufen, die die Einfuhr ausländischen Kapitals so gefährlich macht. Auslandsanleihen zur Bezahlung der Einfuhr solcher Waren müssen nämlich langfristige Anleihen sein, denn es dauert lange, bis eine Maschine das Geld, das sie gekostet hat, wieder einbringt. Anleihen auf lange Frist aber sind schwerer zu erhalten als kurzfristige, und die Bedingungen, die an sie geknüpft werden, sind härter, greifen oft in das Wirtschaftsleben ein, führen zu politischer Bindung, zu dem, was man gesellschaftliche Schuldnechtschaft, internationale Schuldsklaverei nennen kann.

Wenn daher deutsche Industrielle von der Notwendigkeit ausländischen Kapitalzuflusses zum Aufbau oder Ausbau des deutschen Produktionsapparates sprechen, dann fehlt ihnen entweder die Sachkenntnis über den Stand der deutschen Industrie, oder sie erstreben gerade das, was Kapitalanlagen solcher Art mit sich bringen — nämlich politische und wirtschaftliche Einverleibung in den Interessenkreis einer anderen Macht.

2. Wie können Rohstoffe und Lebensmittel beschafft werden?

Aber die Industrie arbeitet nicht nur mit Fabrikgebäuden, Maschinen und anderen Ausrüstungsgegenständen. Sie braucht auch Rohstoffe. Und hier ist die Lage eine grundlegend andere. Deutschland braucht dringend Rohstoffe aus dem Ausland. Früher war Deutschland in der Lage, Rohstoffe im Austausch gegen seine Fertigprodukte einzuführen. Rohstoffe brauchten damals nicht durch Anleihen im Ausland finanziert zu werden, bzw. es standen Rohstoffkrediten, die Deutschland nahm, Fertigungskrediten, die das Ausland nahm, gegenüber. Heute sind also Anleihen nötig, um Rohstoffe ins Land hineinzubekommen. Diese Rohstoffanleihen können zurückgezahlt werden durch Ausfuhr von mit diesen Rohstoffen produzierten Fertigwaren.

Neben Rohstoffen für die Industrie müssen für Gesamtdeutschland auch noch Lebensmittel eingeführt werden. Für deren Einfuhr Anleihen aufzunehmen, mag in einem ganz kurzfristigen Uebergangsstadium notwendig sein; aber auf längere Dauer ist solch ein Zustand unhaltbar, denn Anleihen, mit denen Lebensmittel gekauft werden, werden gewissermaßen verzehrt, ohne daß — abgesehen von den Auswirkungen der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch bessere Ernährung — entsprechende Gegenwerte ausgeführt werden. Es gilt darum einerseits durch eine bedeutende Hebung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion, vor allem mittels einer wirksamen Bodenreform in ganz Deutschland, die Lebensmitteleinfuhr auf das geringste Mögliche einzuschränken, und andererseits die notwendige Einfuhr sobald wie möglich durch Fertigwaren zu begleichen, und zwar nach Möglichkeit durch die Ausfuhr von solchen Waren, die vornehmlich aus deutschen Stoffen hergestellt werden.

Das heißt, es wird noch auf längere Sicht gesehen die Rohstoffeinfuhr, und auf kürzere Sicht auch die Lebensmitteleinfuhr mit Krediten aus dem Ausland finanziert werden müssen. Aber stets, ob auf längere Sicht oder kürzere, liegt es im Interesse des deutschen Volkes, sich auf kurzfristige Anleihen, auf Anleihen, die innerhalb spätestens eines Jahres aus dem Erlös der produzierten Fertigwaren bezahlt werden können, zu beschränken. Eine langfristige Anleihe kann ihm nicht helfen, sondern nur schaden. †

3. Woher sollen die Kredite kommen?

Woher sollen nun die kurzfristigen Anleihen kommen? Auf den ersten Blick scheint es das Nächstliegende zu sein, die an Rohstoffen und Lebensmitteln so reichen Vereinigten Staaten bzw. ihre Produzenten oder Banken um Anleihen zu bitten. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese bereit sein werden, solche Kredite zu gewähren, da sie wegen ihrer Kurzfristigkeit wenig Handhabe bieten, sich auch politisch in der deutschen Wirtschaft festzusetzen, und ob Wall Street Lust haben wird, nur um des Zinsgeschäftes willen Anleihen zu geben. Wie dem auch sei — entscheidend ist etwas anderes. Dollars sind heute die begehrteste Währung

der Welt. Sie sind überall knapp, weil die Vereinigten Staaten weit mehr Waren ausführen als sie einführen. Wenn aber Anleihen aus den Vereinigten Staaten gewährt werden, dann besteht die einzige Möglichkeit, sie zurückzuzahlen darin, daß entsprechende Mengen von Fertigwaren nach dort wieder ausgeführt werden. Denn ohne Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten können bei der gegenwärtigen allgemeinen Dollarknappheit keine Dollars beschafft werden, um die aufgenommenen Anleihen kurzfristig wieder zurückzuzahlen. Es fragt sich also — und die Antwort dürfte wohl eindeutig und klar genug sein —, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, den Absatz ihrer eigenen Industrien um der Einfuhr deutscher Waren willen einzuschränken. Daraus ergibt sich, daß zunächst einmal ein Land kaum für solche Anleihen in Frage kommt: die USA.

Was die übrigen Länder betrifft, so muß man folgende Überlegungen machen: je stärker aufnahmebereit sie für deutsche Waren sind und je mehr Rohstoffe und Lebensmittel sie gleichzeitig liefern können, desto günstiger sind die Bedingungen für einen Handelsverkehr, desto günstiger darum auch die Voraussetzungen für eine Anleihe, die in kurzer Zeit wieder zurückgezahlt werden kann.

Handelsverkehr braucht keine politische Angelegenheit zu sein. Das hat zum Beispiel die Sowjetunion in den letzten zwanzig Jahren mit ihrer Handelspolitik bewiesen. Anleihegeschäfte dagegen sind eine hochpolitische Angelegenheit, wenn man sich durch sie einfangen läßt oder, wie es heute bei den deutschen Monopolisten der Fall ist, sich einfangen zu lassen wünscht, um als jüngerer Partner wieder hochzukommen. Wenn ein Land wie Deutschland sich nicht selbst aufgeben und nicht als fünftes Rad am Wagen einer Großmacht fungieren will, dann ist allergrößte Vorsicht in der Aufnahme von Anleihen geboten. Glücklicherweise ist es in der Lage, keine Anleihen zum Erwerb von Produktionsmitteln zu benötigen. Nimmt es diesen Umstand wahr, verzichtet es auf Kapitalimport und versucht Rohstoffanleihen aus den Ländern zu erhalten, die ein Interesse an der Abnahme deutscher Fertigwaren haben, so wird es in der Lage sein, seine Reparations-schulden zu bezahlen und eine unabhängige deutsche Wirtschaft aufzubauen.

Stratosphären-Diskus

Während in Deutschland die Luft ziemlich rein geworden ist, von Sirenengeheul, Geheul von Ferngeschossen und ferngelenkten Bomben, fliegen in Amerika immer phantastischere „Gegenstände“ in der Luft herum, für die selbst die Nachrichtenagenturen noch keine Namen wissen, sondern nur erst ihre geahnten Wirkungen: Atombomben und V. 1, V. 2 sind überholt. Es gibt jetzt den Super-V 2, eine Rakete, die von jedem beliebigen Punkt des Erdballs nach jedem andern gelenkt werden kann, es gibt fliegende Festungen „Super-Fortress“, es werden „Stratosphären-Inseln“ gemeldet, die als neue Trabanten der Erde mit dem Mond konkurrieren sollen, und radioaktive Wolken und länderverpestende Bazillennebel. Jetzt untersucht die Universität Chicago Reste mysteriöser Projektile, deren Flug von vielen Zeugen aus verschiedenen Provinzen der USA beobachtet worden ist. „Erliegende Untertasse“, „Teller“, „Riesen-Diskus“ nennt sie das Publikum, und als solches werden sie von den Nachrichtenagenturen gemeldet. Auch aus Schweden, Norwegen, sogar Australien berichtet man von ihnen seit Monaten. Das Neueste: Es sind Scheiben von 60 Meter Durchmesser, die in 500 Meter Höhe waagrecht fliegen, in Gruppen, dann plötzlich Halt machen, senkrecht zu Höhen mehreren tausend Meter steigen und sich dort in einem flüssig-glühenden Metallregen auflösen. Die neuen Amerika-meldungen über diese „Waffen der Zukunft“

widersprechen sich aufs äußerste. Einmal soll es sich um Todesmaschinen handeln, die alles bisher Dagewesene in Schatten stellen, — dann folgt die Meldung: es handele sich nur um harmlose Variéténummern (gleich den fliegenden Cowboy-Hüten oder Bumerangs, die fliegen, kreisen, stein und auf den Werfer zurückfallen), um von der Meldung abgelöst zu werden, daß die Nachricht von einer Variéténummer nur ein fadenscheiniger Deckmantel sei, um von dem Geheimnis der neuen Waffe abzulenken. So verirren sich die Begriffe von Sein und Schein. — eine Perspektive, die Amerika geläufig ist, wie es die Themen der letzten Theaterschläger in USA zeigen, Europa aber rätselhaft bleibt. Man erinnere sich an die Anfänge des Radio, als plötzlich „Botschaften aus dem Weltall“ und „Signale von Mars“ ankamen, ja ein Reklamehörspiel, das im Stille Jules Verne's und Wells' eine Invasion von Mars her schilderte, vom neuen Publikum für bare Münze gehalten wurde und während des Sendens eine Riesen-Weltuntergangspanik schuf, so daß die Menschen bereits auf die Straße liefen und zum Himmel starrten. Das Amerikapublikum ist jugendlich-empfindlicher, daher rechnet es mit weitergesteckten Möglichkeiten, als wir. Die Folge ist: Die weniger gehemmte Phantasie schafft ihrerseits phantastischeres, nicht umsonst heißt Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Cribotz

Um die Einheit in der Sozialversicherung

In absehbarer Zeit ist mit dem Erlaß eines Kontrollratsgesetzes über die Vereinheitlichung der Sozialversicherung in Deutschland zu rechnen. Es soll eine einheitliche Sozialversicherungsanstalt geschaffen werden, die regional aufgliedert sein wird. Die bisherige Unterscheidung in Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung soll beibehalten, aber in einem gemeinsamen Versicherungsträger zusammengeschlossen werden. Als Beitrag sind 20 Prozent vorgesehen, die je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Unternehmern zu tragen sind.

Nähere Einzelheiten über das zu erwartende Kontrollratsgesetz sind noch nicht bekannt. Es darf aber angenommen werden, daß damit die von den Gewerkschaften schon in der Zeit vor 1933 erhobenen Forderungen auf Vereinheitlichung ihre Erfüllung finden. Auf zahlreichen Tagungen war damals gefordert worden: Einheitsversicherung mit Einheitsbeitrag, Einheitsleistung und organisatorischer Zusammenschluß. Auch die moderne Sozialwissenschaft hat den Beweis erbracht, daß die einheitliche Versicherung eine volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Notwendigkeit ist.

In der sowjetischen Besatzungszone ist die Sozialversicherungseinheit seit 1. Februar 1947 durchgeführt. Im Hinblick auf das zu erwartende Kontrollratsgesetz ist es von Interesse, Einzelheiten darüber zu erfahren. Für alle Gruppen der Sozialversicherung und für alle Berufe wurden einheitliche Organe geschaffen. Die Ausschüsse und Verwaltungsgremien werden zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und zu einem Drittel aus Unternehmerkreisen besetzt. Alle Ausgaben für Unterstützungen an Werkstätige bei Betriebsunfällen und bei Berufskrankheiten, die mit der Erzeugung zusammenhängen, werden durch Spezialbeiträge der Unternehmer voll gedeckt. Darüber hinaus können die Versicherten von den Unternehmern Ersatz für Verluste, die durch Betriebsunfälle hervorgerufen wurden, fordern, wenn der Unternehmer die Vorschriften für den Arbeitsschutz verletzt hat. Unterschiedliche Beitrags- und Rentenleistungen bei Arbeitern und Angestellten gibt es nicht mehr. Die Renten für Opfer des Faschismus liegen um 50 Prozent über den normalen Leistungen, wobei die in Gefängnissen und KZ verbrachten Zeiten den Berufsjahren zugerechnet werden.

Es ist zu hoffen, daß das neue Kontrollratsgesetz den in der sowjetischen Zone durchgeführten Neubau der Sozialversicherung und die damit gemachten Erfahrungen berücksichtigt, womit die alten Forderungen der deutschen Gewerkschaften in allen Besatzungs-zonen erfüllt würden.

Kunst und Kunsthandwerk im Hochschwarzwald

Am Sonntag wurde in Neustadt i. Schw. eine auserlesene Schau heimischer Kunst und Kunsthandwerks eröffnet. Es ist eine Freude, neben Werken der Malerei und der Plastik, vor allem eine so reiche Auswahl kunsthandwerklicher Arbeiten zusammengetragen zu sehen. Vom Schwarzwald bis zum Bodensee haben hier Holzschnitzer, Handwerker, Pappknüpfer, Kunstschmiede, Uhrmacher, Töpfer, Strohverarbeiter usw. Erzeugnisse ihres Gewerbefleißes zusammengetragen und geben Zeugnis anerkannter Leistungen. Vor allem erweist sich, was für eine hohe Bedeutung die kunsthandwerkliche Verarbeitung heimischer Rohstoffe für den Export haben wird, wenn die handwerkliche Produktion gefördert und organisiert wird. Leider hat die „Biga“ in Freiburg den kunsthandwerklichen Sektor der badischen Produktion mißachtet, so daß diese kleine Ausstellung von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung ist.

In der Eröffnungsfeier in Anwesenheit hoher Vertreter der Militärregierung und des badischen Staatspräsidenten Wohleb, teilte Landrat Dr. Ballwig mit, daß im Kreise Neustadt eine Kunsthandwerks-Schule errichtet werden soll. —tt—

Minister Fritz Selbmann, Dresden

Ein Jahr Betriebe des Volkes

Landeseigene Betriebe als Grundpfeiler der Wirtschaftsdemokratie

Seit dem Volksentscheid im Lande Sachsen ist ein Jahr vergangen. Nach dem klaren Willen der Bevölkerung wurden 1760 Betriebe von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten enteignet, von denen 1002 in landeseigene Verwaltung übernommen wurden. Damit wurde ein Weg beschritten, für den es in der deutschen Wirtschaftsgeschichte kein Beispiel gab. Daß er richtig war, beweist die aufsteigende Entwicklung der landeseigenen Betriebe im ersten Jahr ihres Bestehens.

Seit einem Jahr sind die Begriffe „Landeseigene Betriebe, Industrieverwaltung und Verwaltungsräte“ neu in das Wörterbuch der Wirtschaft aufgenommen worden. Seit einem Jahr aber auch wird eine lebhafteste Polemik über die Organisation der landeseigenen Betriebe geführt.

Aus den Erfahrungen der bisher als Regiebetriebe geführten Staatsbetriebe leitete man Bedenken her, daß die landeseigenen Betriebe zwangsläufig verbürokratisiert, damit konkurrenzunfähig und unrentabel werden und nur eine Belastung für den Haushalt bilden würden. In diesen Betrieben könne keine Initiative entwickelt werden, da sie ja nach Weisungen des staatlichen Apparats arbeiten müssen. Basierend auf den Erfahrungen der bisher als Kapitalgesellschaften geführten zusammengefaßten Staatsbetriebe wurde gewissagt, daß die landeseigenen Betriebe wohl wirtschaftlich arbeiten können, aber einen neuen Trust bilden, der sich zu einer Gefahr für das gesamte Volk auswachsen müsse.

Alle diese Propheten haben übersehen, daß sich nach dem 8. Mai 1945 eine neue Wirtschaftsform bereits zu entwickeln begann. Das war in den Betrieben, die, von ihren Eigentümern verlassen, als herrenlose Betriebe von den Arbeitern übernommen, geleitet und aufgebaut wurden. Zum ersten Mal in der deutschen Wirtschaftsgeschichte haben Arbeiter selbst die Leitung der Betriebe in die Hand genommen, und es hat sich gezeigt, daß diese Betriebe besser aufgebaut, besser geleitet wurden und wirtschaftlicher arbeiten als andere gleichartige Betriebe derselben Branche. Eine ganze Reihe von Beispielen könnte man zum Beweis dessen anführen, daß die Masseninitiative, das heißt die Beteiligung aller Arbeiter an der Gestaltung der Betriebe unter einer einheitlichen Leitung, der Einzelinitiative (Privatinitiative) weitaus überlegen ist.

Ohne diese Initiative der Arbeiter und ihre Mitbestimmung an der Leitung der von ihnen selbst wiederauf- und ausgebauten Betriebe wäre es unmöglich gewesen, eine ganze Reihe wichtiger Produktionsstätten wieder zum Anlaufen zu bringen. Nicht nur Verbesserungsvorschläge und Erfindungen wurden durch die Arbeiter und die technische Intelligenz gemacht, sondern bisher unbekannte Produktionsmethoden eingeführt.

Es galt nun, diese neue Wirtschaftsform als Grundlage für die gesamte Organisation der

landeseigenen Betriebe zu nehmen. Das heißt, daß die Arbeiter, Ingenieure und Angestellten weitestgehend an der Leitung der Betriebe beteiligt werden, daß ihre Initiative entfaltet und gelenkt wird. Natürlich durfte kein starrer, schwerfälliger Organismus aufgebaut werden, sondern die wirtschaftliche Beweglichkeit mußte unter allen Umständen erhalten, ja sogar noch gesteigert werden. Bekanntlich ist die gesamte Organisation der landeseigenen Betriebe, die als Anstalt öffentlichen Rechts gebildet wurde, aus den in 65 Industrie-verwaltungen zusammengeschlossenen Zweigbetrieben, die wiederum in der Hauptverwaltung der landeseigenen Betriebe zusammengefaßt sind, aufgebaut. Ähnlich wie bei den bisher bekannten Wirtschaftsformen, liegt die kommerzielle Leitung in den Händen von Betriebsleitern, Direktoren und Generaldirektoren, die ein jeder für sein Aufgabengebiet nach kaufmännisch-technischen Gepflogenheiten arbeiten müssen und verantwortlich sind. Dadurch wird jegliche Starrheit in der Organisation vermieden.

Nach dem 8. Mai 1945 haben in vielen herrenlosen Betrieben die Arbeiter selbst die Betriebe übernommen, den Fähigkeiten aus ihrer Mitte als Betriebsleiter gewählt, der dann von den zuständigen Verwaltungsstellen als Treuhänder bestätigt wurde. Die meisten dieser bis zum Volksentscheid rechtsgültigen Treuhänder wurden am 1. 7. 46 Betriebsleiter der Zweigbetriebe oder Direktoren der Industrieverwaltungen. Ihrer sozialen Herkunft nach sind von den Betriebsleitern etwa 50 Prozent, und von den Direktoren der Industrieverwaltungen etwa 30 Prozent frühere Arbeiter. Man trifft auch eine auffallend große Zahl aus der technischen Intelligenz an.

Die Arbeiter, Ingenieure und Kaufleute der landeseigenen Betriebe sind durch ihre Betriebsräte, die neben jedem Betriebsleiter eines Zweigbetriebes stehen, und den aus den Betriebsräten hervorgegangenen Verwaltungsräten, die neben dem Direktorium einer Industrieverwaltung stehen, an der Entwicklung der landeseigenen Betriebe beteiligt. Die Arbeiter können selbst feststellen, warum gleichartige Zweigbetriebe einer Industrieverwaltung verschiedenen rentabel arbeiten, wo Fehler einer mangelnden oder ungenügenden Rentabilität sind, welche Erfahrungen der sich am besten entwickelnden Betriebe man auf die anderen übertragen muß usw. Die Verwaltungsratsmitglieder sind verpflichtet, nach jeder Sitzung dem Betriebsrat und damit den Arbeitern der Zweigbetriebe Bericht über die Verwaltungsratsitzung zu geben. Dadurch ist gewährleistet, daß ein jeder Arbeiter in der landeseigenen Industrie lebhaften Anteil an der Entwicklung nicht nur seines, sondern aller Betriebe seiner Industrieverwaltung nimmt. Dadurch wird die Initiative eines jeden Arbeiters geweckt, denn ein jeder von ihnen fühlt sich für die Entwicklung seines Betriebes und damit der gesamten landeseigenen Industrie verantwortlich.

Die Erfolge und Ergebnisse dieser Organisationsform zeigen und bestätigen, daß die landeseigene Industrie aller bisher in Westeuropa bekannten wirtschaftlichen Organisationsformen überlegen ist. Eine Konzernbildung kann nicht stattfinden, weil hier nicht wie in Konzernen ein allgewaltiges Generaldirektorium nach dem „Führerprinzip“ regiert, sondern das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Leitung aller landeseigenen Betriebe verwirklicht wurde, was eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft ist. Der Volksentscheid hat somit einen der Grundpfeiler für den Aufbau eines neuen demokratischen Staates gelegt.

Warum Vollbart?

Freiburg. Ein Leser, dem es nicht an Humor gebricht, schreibt uns: „Seit längerer Zeit beziehe ich nun Ihre Zeitung UNSER TAG. Damals war ich noch täglich frisch rasiert, heute trage ich Vollbart. Warum? Das möchte ich Sie heute bitten, einmal das Wirtschaftsamt Freiburg zu fragen. Seit Dezember 1946 haben wir nun keine Rasierseife erhalten. Meine Frau ist todunglücklich über ihr verstopftes Antlitz und will — wenn das nicht besser wird — sich scheiden lassen. Um dies zu verhüten, bitte ich Sie, doch mal eine bescheidene Anfrage der Freiburger Männer zu drucken.“

Ausstellung „Schweizer Bücher“

Freiburg. In Anwesenheit von Vertretern der Militärregierung der badischen Behörden und des Kulturlebens wurde in der Dreisamstraße eine Ausstellung Schweizer Bücher eröffnet. Die schenswerte Schau gibt einen interessanten Ueberblick über das deutsche Buchschaffen in der Schweiz und vermittelt dem Beschauer eine leider nur sehr flüchtige Bekanntschaft mit den Werken eines demokratischen Kulturkreises, dem das deutsche Volk durch zwölf Jahre entfremdet wurde. Neben Büchern aus der Feder bekannter Schriftsteller der Emigration findet man bekannte und unbekannt Schweizer Autoren und Uebersetzungen von Standardwerken fremdsprachigen Schrifttums. Vom Vertreter der Militärregierung wurde in einer Begrüßungsansprache darauf hingewiesen, daß diese Schau der deutschen Bevölkerung die Möglichkeit bieten soll, das Schaffen fortschrittlichen Geistes in seinem Umfang zu erahnen und dadurch den notwendigen Kontakt mit ihm zu finden.

„Le Roi Cerf“

Gastspiele des Theatre de la petite Ourse. In den nächsten Wochen unternimmt das Theatre de la petite Ourse eine Tournee durch die gesamte französische Besatzungszone, wobei es „Le Roi Cerf“ von Carlo Gozzi in der Bearbeitung von Pierre Barbier zur Aufführung bringt. Carlo Gozzi, ein Venezianer des 18. Jahrhunderts, liebte die Gestalten der alten italienischen Poesie: Pantalon, Tartaglia, Brighella. Er wollte die Fabeln der vergangenen Zeiten, die Märchen, die man sich in dämmerigen Abendstunden erzählt, die Legenden der Heimat wieder zu Leben erwecken. Er schmückt die schon veralteten Themen aus und ließ seine Fantasie auf den Flügeln des Traumes davon-schweben. Eines seiner reizvollsten Werke ist das in Aussicht gestellte Stück des Theaters de la petite Ourse. Die Inszenierung ist von Jean-Marie Serreau, Dekorationen und Kostüme von Jacques Noel, F. De Rudder und Elisabeth Dumont. Alfred Abondance, Schöpfer der Musik, dirigiert das Orchester. Heinz Eggers wird in deutscher Sprache rezitieren. Aufführungen in folgenden Städten stehen bevor: 15. Juli Müllheim, 16. Juli Lörrach, 17. Juli Säckingen, 18. Juli Waldshut, 19. Juli Singen, 21. Juli Konstanz, 22. Juli Überlingen, 23. Juli Donaueschingen, 24. Juli Neustadt, 25. Juli Freiburg, 26. Juli Villingen.

Gewerkschaftsbund und Ernährungslage

Freiburg. Der Vorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner Sitzung vom 9. Juli 1947 vorwiegend mit der Ernährungsfrage befaßt. Es kam zum Ausdruck, daß die sofortige Erfassung der neuen Ernte eine dringende Notwendigkeit ist. Mit Rücksicht auf die schlechte Ernährungslage ist es nicht zu verantworten, daß Staatskommissariat für Ernährung längere Zeit unbesetzt zu lassen. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß ein so wichtiges Dezernat z. Zt. von Beamten geleitet wird, die jeder Verantwortung dem Volke gegenüber entzogen sind. Der Vorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes kam zu der Auffassung, daß all seine Anstrengungen zur Verbesserung der Ernährung erfolglos sein müssen, solange nicht das Staatskommissariat für Ernährung tagt.

Außerdem befaßte sich der Bundes-Vorstand mit den übersetzten Preisen, die in keinem Verhältnis mehr zu den Löhnen stehen. Das weitere Festhalten am Lohostand führt zu einer vollständigen Verarmung des schaffenden Volkes. Die sofortige Senkung

und schärfste Kontrolle der Preise ist eine zwingende Notwendigkeit.

Forderungen der Bauarbeiter

Freiburg. In einer stark besuchten Versammlung der Bauarbeiter gedachte der 1. Vorsitzende, Kollege Schäfer, in ehrenreichen Worten des Kollegen August Reineke, welcher einem tödlichen Betriebsunfall zum Opfer gefallen ist. Das Hauptthema der Tagesordnung war die mangelhafte Ernährungslage, die fehlende Teilung an Arbeitskleidung und Arbeitsschuhen, sowie an Fahrradbereitung für Bauarbeiter, die weite Anmarschwege zur Arbeitsstätte haben. Gerade der Bauarbeiter, der die Pionierarbeit am Aufbau übernehmen und bei jeglicher Witterung im Freien arbeiten muß, sowie den größten Kleiderverschleiß aufweist, hat berechtigten Anspruch auf Schuhwerk und Arbeitskleidung. Diese Forderungen wurden in einer einstimmig gefaßten Resolution zusammengefaßt. Sollte es notwendig sein, müßten die Bauarbeiter in einer außerordentlichen Versammlung vor der Öffentlichkeit Stellung nehmen.

Kleinpflanzertabak

Das Badische Ministerium für Landwirtschaft teilt mit: Der Anbau in diesem Jahre ist auch in Gemeinden mit gewerbsmäßigem Tabakanbau zugelassen, und zwar unter den gleichen Voraussetzungen wie für die sonstigen Tabak-Kleinpflanzer. Der angebaute Tabak ist dem zuständigen Zollamt nach der Stückzahl bis zum 30. 6. 47 anzumelden. Die Höchstzahl beträgt 200 Pflanzen. Auch der Anbau von 15 Pflanzen und weniger ist anmeldepflichtig. Die Steuersätze sind die gleichen wie im Jahre 1946 und betragen:

- von 16—50 Pflanzen Mk. 12.—
von 51—100 Pflanzen Mk. 24.—
von 101—150 Pflanzen Mk. 36.—
von 151—200 Pflanzen Mk. 48.—

Jeder Kleinpflanzer erhält vom Zollamt eine Ausweiskarte, die ihn zum Umtausch des geernteten Tabaks in Tabakwaren berechtigt und verpflichtet.

Der geerntete Tabak muß im Umtauschverfahren restlos an die später noch zu bezeichnenden Tabakherstellungsbetriebe abgeliefert werden. Die Zurückhaltung und Selbstverarbeitung des geernteten Tabaks oder eines Teiles davon ist verboten und strafbar.

Wer die rechtzeitige Anmeldung des Tabaks versäumt, verliert den Anspruch auf Umtausch und ist trotzdem zur Ableieferung des Tabaks verpflichtet. Er erhält dafür nur

den handelsüblichen Preis für Rohtabak. Jeder Handel mit und jede Verarbeitung von Rohtabak durch andere als angemeldete Rohtabakhändler und Herstellungsbetriebe ist untersagt und wird bestraft. Unter den Begriff „Handel“ fallen auch Tauschgeschäfte aller Art. Als Verarbeitung gilt schon die Entrippung und Zerkleinerung der Tabakblätter.

Das Umtauschverhältnis ist in diesem Jahr 40 Prozent und nicht 50 Prozent wie im Jahre 1946. Der Kleinpflanzer erhält also für 1000 gr abgelieferten Rohtabak nicht 500 gr in Rauchwaren, sondern nur 400 gr.

Der Preis für den abzuliefernden Rohtabak wird dem Durchschnittspreis für den gewerbsmäßig angebauten Rohtabak dieses Jahres entsprechen, wobei jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß minderwertige Tabake auch entsprechend schlechter bewertet werden. Es liegt also im Interesse des Kleinpflanzers, für eine möglichst gute Qualität zu sorgen. Die Umtauschtermine werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Soweit das Ministerium! Die Öffentlichkeit interessiert zunächst einmal an diesem energischen Erlaß, warum der Kleinpflanzer in diesem Jahr zehn Prozent weniger Umtauschtabak erhält als im Vorjahr. Der Kleinpflanzer, der sich in seinen Freistunden um sein kleines Tabakbeet müht, möchte eine Aufklärung über diese Kürzung haben.

44 Säuberungskammern sind gebildet

Nunmehr gibt das Staatskommissariat für politische Säuberung die auf Grund der Landesverordnung vom 29. März gebildeten Säuberungskammern, im Regierungsblatt vom 28. Juni bekannt. Für die Stadt- und Landkreise Südbadens wurden 43 Kammern, wie die Untersuchungsausschüsse bezeichnet werden, eingesetzt. Außerdem erhält die Eisenbahn eine besondere Kammer. Jede Kammer besteht aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, je zwei Vertretern der politischen Parteien und der Gewerkschaften, sowie je vier Vertretern der Berufsgruppen (Beamte, freie Berufe, Industrie, Handel und Handwerk, Landwirtschaft). Wir werden in unserer nächsten Ausgabe die Namen der Kammervorsitzenden und der Stellvertreter veröffentlichen.

Weiter wird mitgeteilt, daß die Säuberungsurteile in Zukunft im Regierungsblatt nicht mehr bekanntgegeben werden.

Das Badische Wirtschaftsministerium hat am 25. 6. 1947 bekanntgegeben, daß nur die Mitglieder der Kammer der Wirtschafts- und Steuersachverständigen eine treuhänderische Tätigkeit ausüben dürfen. Nach einer Mitteilung des Staatskommissars für kontrollierte Vermögen hat diese Anordnung für die Verwalter und Treuhänder der unter das Gesetz Nr. 52 fallenden Vermögen keine Gültigkeit.

Ohne Landrat

Müllheim. Der Kreis Müllheim ist wieder einmal ohne Landrat, nachdem der letzte, Dr. Höfer, nur einige Monate im Dienst war. Die Geschäfte eines Landrats führt zur Zeit Assessor Allgeier, mit dem die Bevölkerung des Kreises wegen der gerechten und umsichtigen Handhabung seiner Amtsgeschäfte zufrieden ist.

Aus dem Parteileben

Rheinfelden. Auf der Kreisversammlung in Rheinfelden berichtete eine Delegierte: In unserem Ort haben wir gemeinsam mit den Genossen der SP eine Arbeitsgemeinschaft gebildet und ebenso eine gemeinsame Presseabteilung. Wir halten gemeinsame Stufen-Versammlungen ab und tauschen untereinander unsere sozialistischen Bücher aus. Zwischen den sozialdemokratischen Genossen und uns besteht ein enges kameradschaftliches Verhältnis. Dieses Beispiel zeigt den richtigen Geist, wie er in der Arbeiterschaft herrschen soll. Solche Stufen-Versammlungen tragen, bestimmt dazu bei, künstlich geschaffene Mißverständnisse zwischen den Arbeitern aufzuklären und einander näher zu kommen. Es sei der Arbeiterschaft besonders auf den kleinen Ortschaften zur Nachahmung empfohlen.

Freiburg. Das Mitgliedsbuch Nr. 140, ausgestellt von der KP Freiburg, ist abhanden gekommen. Das Mitgliedsbuch gilt als gesperret.

Konstanz. Auf einer Tagung der Parteiarbeiter des Stadtkreises Konstanz erklärte der Vorsitzende der Stadtkreisleitung, Genosse Rudi Goguel, seinen Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten. Zu seinem Nachfolger wählten die Funktionäre mit 27 von insgesamt 37 Stimmen Genossen Fritz Bächler.

Verantwortlich für den Helmet: Hans Adam Faerber, Ofenburg.

Stellenangebote

Suche zur Hilfe im Haushalt für sofort od. später selbst ehrlieh. Mädchen oder Frau in Einfamilienhaus m. Garten. Gute Behandlung, eigen. Zimmer, kleiner Haushalt. Heimatlose kann Dauerstellung finden. Angeb. an Dr. med. Bodeker, Todmoos Südschwarzwald. (32-523)

Kauf - Verkauf

2 Paar sehr gute H'Schuhe, Gr. 42-43, zu verkaufen. Gas- od. Kohlenherd zu kaufen gesucht, sowie Fahrradmantel 26x1 1/2. Zuschriften unt. Nr. 20-504 an die Geschäftsstelle U.T. Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Kaufgesuche

Piano-Akkordeon, 80—120 Bässe. Dringend zu kaufen gesucht. Angeb. an Herbert Fries, Emmendingen, Hebelstr. 6 (18-112)

Heiraten

Dame, 48 J., angenehme Erscheinung, mit schönem Eigenheim, nebst Garten, wünscht charaktervollen Partner kennen zu lernen (Angestellter od. Handwerker). Zuschriften erbeten unter Nr. 1068 an Vermittlungsbüro Progressiv, A. Single, Tuttlingen, bei der Sommerau. (Ze-46)

Verschiedenes

Kriegsbeschädigter 14/18 sucht Unterkunft m. Verpfleg. Würde in der Landwirtschaft mitarbeiten oder sonst. leichte Arbeiten verrichten. Außerdem pünktlich. Zahler, Lohn wird nicht beansprucht. Zuschrift. unt. 20-481 an U. T. Geschäftsstelle Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Pachtungen

Gärtnermeister, verheiratet, z. Zt. selbständ. Betriebsinhaber, sucht kleinere bis mittl. Gärtnerei zu kaufen od. zu pachten. Bei Pacht muß späterer Kauf garantiert sein. Betriebsmittel vorhanden. Uebernahme des Betriebes kann auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Betriebsart gleich, da vielseitig bewandert. Ausführl. Angeb. auch Vermittlung angenehm unt. K 1462 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (O-155)

Geschäftsanzeigen

Praxis-Wiederaufnahme B. Mamiel, Heilpraktiker, Freiburg-Br., Am Karlsplatz 10 (Hth.) gegenüber Fr. Karls-Handelschule. (S-31)

Bekanntmachungen der Stadt Freiburg

Betr. Sperrstunden bei der Straßenbahn. Mit Wirkung vom 14. Juli 1947 werden die Sperrstundenzeiten neu festgelegt: Montag bis Freitag: 7-8 Uhr, 11.30-12.30 Uhr, 13.30-14.15 Uhr, 17.30-18.30 Uhr. Samstag: 7-8 Uhr und 11.30-12.30 Uhr. An Sonn- und Feiertagen bestehen keine Sperrstunden. Nicht Werk- oder Berufstätige werden erneut gebeten, während der Sperrstunden die Straßenbahn und die Omnibusse nicht zu benutzen. Folgende Strecken können ohne Sperrstundenkarten (Monatskarte, Wochenhefte, Schülerkarten und Sperrstunden-6-Fahrten-Karte mit rotem Strich) benutzt werden: 1. Loretostraße-Günterstal und zurück; 2. Hauptstraße-Zähringen und zurück; 3. Biechstraße-Littenweiler, jedoch nicht zurück; 4. Hohenzollernplatz-Zähringen, jedoch nicht zurück. Freiburg, den 8. Juli 1947. Direktion der Stadt. Straßenbahn.

Freiburger Veranstaltungen

Friedrichsbau-L'spiele. Bis inschl. Donnerstag, 17. Juli 47. Traum des Herzens mit Paul Hartmann, Hans Söhnker, Leny Marenbach und Käthe Dorsch. — Ab Freitag, 18. Juli: Hauptsache glücklich! Ein reizendes Lustspiel mit Heinz Rühmann, Hertha Feiler und Ida Wüst. — (F-51) Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 Uhr und 16.30 Uhr, Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf von 10-12 Uhr an der Tageskasse. Harmonie-Lichtspiele. Nur noch bis mit Donnerstag! Der weiße Traum. Die großartige Elisevive mit Oilly Holzmann, Wolf Albach-Retty u. Karl Schäfer mit seinem Eisballett Jugendreit. — Ab Freitag: Der Mustergatte. Der unvergessliche Lustspielserfolg.

Geschäftsverlegung

Gummi-Fuchs Freiburg i. Br. jetzt: Schreiberslr. 16

Neustadt-Schwarzwald

Der verehrten Kundschaft zur Kenntnisnahme, daß ab sofort wegen Mangel an Rasierseife dieselbe vom Kunden selbst mitgebracht werden muß.

Friseurinnung

Neustadt-Schwarzwald, gez.: Reichle, Oberm. (Schw.-1)

Sparsame Oetker-Rezepte

Boden für Obstorten: 250 g Weizenmehl, 9 g (3 gestr. Teel.) Dr. Oetker „Backin“, 50 g Zucker, 1/8 l Wasser, 10 g Butter (Margarine). Die Hälfte des Mehls in einer Bratpfanne unter Rühren nur so lange erhitzen, bis es anfängt, seine Farbe etwas zu verändern. Sobald das Mehl vollkommen erkaltet ist, aus sämtlichen Zutaten, einen Knetteig herstellen. Darauf achten, daß die Mehlklumpen gut zerdrückt werden. Sollte der Teig kleben, etwas Mehl zugeben. 2/3 des Teiges auf dem Boden einer Springform (Durchmesser etwa 26 cm) ausrollen. Rest zu einer Rolle formen, als Rand auf den Boden legen und so an die Form drücken, daß der Rand etwa 3 cm hoch wird. Den Teigboden mehrmals mit einer Gabel einstechen. Backzeit: 20-25 Minuten bei guter Mittelhitze. Den Boden mit beliebigem Obst belegen und mit einem Guß versehen. (Wc-14) Dr. August Oetker, Bielefeld

Einen Rat will ich Dir geben

für die Pflege Deiner Schuh: länger bleiben Sie am Leben, nimmst Du „Kavalier“ dazu!

Wichtiges für die Pflege Deiner Schuhe

„Fenstral“ reinigt Fenster schnell strahlend hell! Sie erhalten „Fenstral“ in Lebensmittelgeschäften u. Drogerien. Bitte bringen Sie z. Einkauf eine Flasche mit. (O48)

Union-Theater

Nur noch bis mit Donnerstag! Liebesbriefe. Die heimlichen Ausflüge eines alten Ehemanns in die Gefilde der Jugend, mit Hermann Thimig, Käthe Haack, Paul Huberschmidt, Suse Graf, Bruni Löbel. Jugendfrei ab 14 Jahre — Ab Freitag: Was geschah in dieser Nacht? Ein kostliches Lustspiel voll überschaubarer Lebenslust, mit Carl Ludwig Diel, Lu. Marai, Irene v. Meyendorff, Theo Lingon. Jugendverbot! Täglich: 14.30, 17.00, 19.00 Uhr. — Vorverkauf täglich ab 13 Uhr.

Wichtiges für die Pflege Deiner Schuhe

„Fenstral“ reinigt Fenster schnell strahlend hell! Sie erhalten „Fenstral“ in Lebensmittelgeschäften u. Drogerien. Bitte bringen Sie z. Einkauf eine Flasche mit. (O48)

Wichtiges für die Pflege Deiner Schuhe

„Fenstral“ reinigt Fenster schnell strahlend hell! Sie erhalten „Fenstral“ in Lebensmittelgeschäften u. Drogerien. Bitte bringen Sie z. Einkauf eine Flasche mit. (O48)

Wichtiges für die Pflege Deiner Schuhe

„Fenstral“ reinigt Fenster schnell strahlend hell! Sie erhalten „Fenstral“ in Lebensmittelgeschäften u. Drogerien. Bitte bringen Sie z. Einkauf eine Flasche mit. (O48)

